

Stromdumping

Importe von Strom aus schmutzigen Kohlekraftwerken und gefährlichen Atomkraftwerken in die EU könnten massiv zunehmen.

STEFFEN NICHTENBERGER

Laut einer EU-Studie vom November 1999 wird die Europäische Union im Jahr 2020 um etwa 300 Gigawatt (GW; 1 GW = 1 Mio. Kilowatt) mehr Strom brauchen als im Jahr 1995. Um diesen Mehrbedarf zu decken sind derzeit vor allem Stromimporte in Diskussion. Diese sind wegen der niedrigeren Stromerzeugungskosten in Ostkraftwerken wirtschaftlich attraktiv, die auch aus den niedrigen Umwelt- und Sicherheitsstandards in Atom- und Kohlekraftwerken resultieren.

Die Hochspannungsnetze von Westeuropa (UCTE) und das zentraleuropäische Netz (CENTREL) sind schon jetzt verbunden. Damit hängen Polen, Tschechien, die Slowakei und Ungarn am europäischen Hochspannungsnetz. Die Elektrizitätsimporte aus diesen Ländern haben sich zwischen 1996 und 2000 von zwei Terawattstunden (TWh; 1 TWh = 1 Milliarde Kilowattstunden) auf 15 TWh mehr als versiebenfacht. Ein Großteil davon entfällt auf Tschechien, das viel Strom nach Deutschland exportiert. Dieser Trend könnte sich in den nächsten Jahren verstärken, vor allem wenn Temelín ans Netz geht. Auch Bulgarien, die Slowakei, Polen und Ungarn exportieren zunehmend Strom in die EU.

Auch in anderen Teilen von Osteuropa gibt es Pläne, sich an das Westnetz anzuschließen. Konkret ist zum Beispiel die Gründung eines baltischen Ringnetzes in Planung, das uneingeschränkte Elektrizitätstransporte zwischen den Ländern um die Ostsee ermöglichen würde. Konkrete Folge: Die EU könnte Strom aus dem litauischen Atomkraftwerk Ignalina importieren. Auch Verbindungen zur Ukraine sind im Gespräch.

Besonders problematisch ist der Export von Elektrizität aus Ländern wie Bulgarien, Litauen und der Slowakei, deren Stromversorgung zu großen Teilen von beson-

ders unsicheren Atomkraftwerken abhängig ist. Um die EU-Beitrittsbedingungen zu erfüllen, wurden diese Länder von der EU aufgefordert, diese Kraftwerke

zu schließen. Doch die Abschaltung der Reaktoren ist nicht garantiert. Zusagen wurden ignoriert, die angekündigten Schließungsdaten kommen im Schnitt fünf Jahre später als früher vereinbart. Diese Verzögerungen werden oft mit Problemen begründet, Alternativen zur Deckung der Inlandsnachfrage aufzubauen. Der zunehmende Elektrizitätsexport zeigt aber, dass es weniger um den Inlandsverbrauch als um den Export geht.

Der russische Netzbetreiber UES (Unified Energy Systems) hat eine Reihe großer Exportprojekte vor, unter anderem die sogenannte "East-West Power Bridge". Der Bau einer Leitung mit vier GW Transportkapazität von Smolensk in Russland über Litauen und Polen nach Thyrow in Deutschland ist in Planung. Diese würde einige der gefährlichsten Atomreaktoren, unter anderem die RBMK-Reaktoren Smolensk und Ignalina, direkt mit der EU verbinden.

Österreich hat mit der EIWOG-Novelle vom Juni 2000 als erstes Land in Europa auf diese neue Entwicklung reagiert. Darin wird nicht nur der Bezug von Elektrizität von Unternehmen mit unsauberen und unsicheren Kraftwerken, sondern auch der Bezug von Strom aus Staaten mit solchen Anlagen verboten. Die EIWOG-Novelle diente daraufhin dem Luxemburger Parlament als Vorlage für ein vergleichbares Gesetz. Auch in Deutschland ist Ähnliches in Diskussion. Säumig ist allerdings Wirtschaftsminister Martin Bartenstein, der bisher keine Liste jener Drittstaaten veröffentlicht hat, aus denen kein Strom importiert werden darf.

Das europäische Parlament hat die europäische Kommission aufgefordert, Maßnahmen vorzubereiten, um Drittstaaten mit schlechteren Umwelt- und Sozialstandards als die EU den Zugang zum EU-Strommarkt zu untersagen. Dafür strich das EU-Parlament erst vor wenigen Wochen auf Wunsch des EU-Energieministerates eine allgemeine Stromkennzeichnung von Atom- und Kohlestrom aus der Richtlinie für erneuerbare Energien. Eine neue Chance für die Stromkennzeichnung gibt es im Rahmen der anstehenden Revision der Binnenmarkttrichtlinie 96/92, bei der Deutschland derzeit noch blockiert. Erst dann wäre es möglich, auch den Strom, der über die Strombörsen gehandelt wird, bis zum Kraftwerk zurückzuverfolgen.

Steffen Nichtenberger ist Mitarbeiter von Greenpeace Österreich.

1. Stromimporte in die EU aus Ostländern steigen rasant.
2. Weitere Projekte zur Steigerung der Importe sind in Planung.
3. Importverbote und Stromkennzeichnung könnten zur Lösung des Problems beitragen.